

---

# **„Red‘ and ‚Blue‘. Oder ‚Purple‘?**

## **Das Wahlverhalten in den Präsidentswahlen 2012**

Winand Gellner

---

### **1 Einleitung**

Es ist erstaunlich, wie lange die jüngste Präsidentswahl als offen galt. Denn im Ergebnis konnte Barack Obama zwar seinen furiosen Wahlsieg aus dem Jahre 2008 in der Höhe nicht wiederholen, trotzdem war der Vorsprung vor seinem Herausforderer Mitt Romney mehr als komfortabel. Im Folgenden wird zu zeigen sein, dass neben Kandidaten und Wahlkampfthemen die Konstellation wahlsoziologischer Faktoren recht eindeutig für den Amtsinhaber sprach. Obama profitierte von einer im Grundsatz „demokratischer“ orientierten Wahlbevölkerung, in der Jugendliche, Frauen und Hispanics ein stärkeres Gewicht hatten als tendenziell „republikanisch“ gesinnte Ältere, vorwiegend männliche und weiße Protestanten angelsächsischer Prägung. Die Partei des Wahlverlierers steht insoweit vor dem Dilemma, in den nächsten Jahren die Obama-Wähler für sich gewinnen zu müssen, ohne die eigenen Stammwähler zu verlieren. Die folgenden Überlegungen fokussieren daher neben dem Wahlverhalten auch den Zustand und die Zukunft der Republikanischen Partei.

---

W. Gellner (✉)

Philosophische Fakultät, Universität Passau, Dr.-Hans-Kapfinger-Straße, 14,  
94032 Passau, Deutschland

E-Mail: [gellner@uni-passau.de](mailto:gellner@uni-passau.de)

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

C. Bieber, K. Kamps (Hrsg.), *Die US-Präsidentswahl 2012*,

DOI 10.1007/978-3-531-19767-8\_2

Die USA sind anscheinend ein gespaltenes Land.<sup>1</sup> Alle Wahlen in jüngerer Zeit bestätigen die Existenz zweier nahezu gleich großer Blöcke: „Rotes“ und „Blaues“ Amerika.<sup>2</sup> Bildlich gesprochen – so die These – umklammere das blaue Amerika der Ost- und Westküsten das rote Amerika im so genannten „Heartland“. In den roten, zumeist ländlich geprägten Staaten, finden sich mehrheitlich gläubige und patriotische Amerikaner, während liberale und säkular geprägte Bürger eher an den beiden Küsten und in den großen Städten leben. Die Verteilung dieser beiden Wahlpopulationen hat sich im letzten Jahrzehnt kaum verändert. Ein genauerer analytischer Blick zeigt allerdings, dass die scheinbar so offenkundige Rot-Blau-Dichotomie zu differenzieren und zu ergänzen ist. Es wird im Folgenden zu zeigen sein, welche wahlsoziologischen Faktoren eine Modifikation des Rot-Blau-Stereotyps erforderlich machen.

Nach einer kurzen Analyse des Wahlergebnisses werden zunächst Kandidaten und Themen der Wahlen 2012 diskutiert. Diese Überlegungen münden in die zentrale Analyse des aktuellen Wahlverhaltens einzelner gesellschaftliche Gruppierungen, das sich trotz nachlassender Trennschärfe immer noch recht plausibel anhand klassischer „Cleavages“ wie Ethnizität, Einkommen und Bildung, Religion, Alter und Geschlecht sowie regionalspezifischen Konstellationen erklären lässt.<sup>3</sup> Um der Gefahr einer irreführenden Momentaufnahme zu entgehen, sollen die Ergebnisse jedoch im größeren Zusammenhang des tradierten Wahlverhaltens spezifischer Gruppen analysiert werden. Insoweit ist es angebracht, den aktuellen Befunden einige allgemeine analytische Determinanten zum Wahlverhalten der US-Bürger und -Bürgerinnen<sup>4</sup> voranzustellen, ohne die der Ausgang der jüngsten Präsidentschaftswahlen nicht angemessen zu analysieren ist.

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle sei meinem Mitarbeiter, Thomas Eibl, gedankt. Kompetent und zuverlässig wie immer hat er Daten recherchiert, die Abbildungen erstellt und zusammen mit Christian Dölle Korrektur gelesen.

<sup>2</sup> Die Begriffe sind nach den Wahlen 2000 entstanden, als auf Landkarten Gewinne der Republikaner rot und die der Demokraten blau eingezeichnet wurden.

<sup>3</sup> Bei dem jeweils gruppenspezifischen Wahlverhalten handelt es sich vielmehr um eine Mischung aus stabilen und instabilen Wählerkoalitionen. In der Folge soll das Wahlverhalten der genannten Gruppen bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2012 vor dem Hintergrund des Wahlverhaltens der letzten Dekade analysiert werden. Zum Konzept der „Cleavages“ sei an dieser Stelle auf die Ausarbeitungen von Lipset und Rokkan (1967, S. 9 ff.) verwiesen.

<sup>4</sup> Selbstverständlich umfasst der männliche Begriff auch das weibliche Pendant. Und natürlich sind Begriffe wie „Schwarze“, „Weiße“ usw. völlig wertneutral zu verstehen.

## 2 Von Bush zu Obama: Kriege und Krisen<sup>5</sup>

Trotz der vermeintlich grundlegenden Polarisierung des Landes zeigen die Wahlergebnisse seit 2000, dass keine der beiden großen Parteien über einen dauerhaften Vorteil zu verfügen scheint (Roper Center 2013). Für die Demokraten schmerzlich sind der Verlust des Südens als homogener Block, ungünstige Wahlkreiszuschnitte und eine ideologische Zersplitterung ihrer traditionellen Wählergruppen. Im Gegensatz zu den Demokraten verfügt die Republikanische Partei über eine höhere Wählerkohäsion. Lange Zeit bestand die Konfliktlinie in der Partei zwischen Vertretern des industrialisierten Nordens, die für eine aktive, wenn auch beschränkte Rolle des Staates eintraten, während Parteigänger aus dem Westen und Süden der USA dies emphatisch ablehnten. Im Rahmen der Amtszeit von George W. Bush war es der Republikanischen Partei gelungen, weite Teile der Bevölkerung und insbesondere religiös-konservative Wähler zu mobilisieren und parteipolitisch an sich zu binden. Zwischen 2000 und 2004 dominierten die Republikaner folglich Präsidentschaft und Kongress.<sup>6</sup> Die Republikaner profitierten von der damals für sie günstigen nationalen Stimmungslage nach den Terroranschlägen sowie den beiden gerade begonnenen Kriegen in Irak und Afghanistan. Das Thema „Nationale Sicherheit“ begünstigt ohnehin grundsätzlich die Republikaner. Auch die wirtschaftliche Lage sprach für die dominierende Partei. Umso überraschender war, dass es den Republikanern trotz „Unified Government“ (gleiche Mehrheiten einer Partei in Kongress und Weißem Haus) und den genannten strukturell günstigen Voraussetzungen von 2000 bis 2006 nicht gelang, diese Vorteile zur langfristigen Stabilisierung ihrer Macht zu nutzen. Ganz im Gegenteil: Der republikanisch beherrschte Kongress war in gesetzgeberischer Hinsicht wenig erfolgreich; wichtige wählerwirksame Projekte wie die Neuordnung der Einwanderungs- und Sozialpolitik scheiterten. Darüber hinaus machten den Republikanern innerparteiliche Konflikte zu schaffen, die zwischen den fundamental orientierten Anhängern des zunehmend glücklosen Präsidenten George W. Bush und dem traditionellen Establishment der Partei entstanden waren. Neben der Unzufriedenheit mit dem sich in die Länge ziehenden Verlauf der teuren und verlustreichen Kriege, die sich vor allem gegen die Republikaner richtete, rückte mit der heraufziehenden Wirtschaftskrise zusätzlich ein zentrales Kompetenzthema der Demokratischen Partei

<sup>5</sup> Einige dieser Ausführungen wurden in anderem Zusammenhang erstmals in Gellner und Kleiber (2012, S. 153, S. 187) publiziert.

<sup>6</sup> Zwischen 2000 und 2002 herrschte im Senat ein Patt. Da der Vizepräsident Dick Cheney als Vorsitzender über die entscheidende Stimme verfügte, bestand auch im Senat eine faktische Mehrheit der Republikaner.

in den Vordergrund. Außerdem begann sich seit Mitte des Jahres 2007 mit den ersten Bankenpleiten und dem Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes die ökonomische Lage zu verdüstern. Von der vollen Wucht der Finanzkrise im Jahre 2008 getroffen, standen die Republikaner so vor dem Trümmerhaufen ihrer Macht, die sie seit der Jahrtausendwende errungen hatten. Die Wahl des demokratischen Hoffnungsträgers Barack Obama im Jahre 2008 sowie der entsprechende Erfolg der Demokraten in den Kongresswahlen schienen den Niedergang der Republikaner noch zu beschleunigen. Umso überraschender aber war, dass die Partei dann in den Zwischenwahlen 2010 zu einem überwältigenden Sieg vor allem im Repräsentantenhaus kam. Dies war im Wesentlichen dem Einfluss der Tea Party-Bewegung geschuldet, die – zwar formal außerhalb der Partei entstanden, gleichwohl aber als Lobbygruppe innerhalb der Republikanischen Bewegung zu verstehen – die ideologischen Grundlagen der Partei aus der Zeit nach der Jahrtausendwende nicht nur aktualisierte, sondern radikalisierte. Viele Beobachter gingen davon aus, dass ein erneutes „Realignment“<sup>7</sup> zugunsten der Republikaner bevorstand. Die Wahlen 2012 stoppten aber auch diesen Trend. Die Demokraten konnten den Senat verteidigen und selbst im Repräsentantenhaus überraschend einige Sitze dazu gewinnen, gleichzeitig blieb Obama „ihr“ Präsident (Lowi et al. 2012, S. 492 f.).

---

### 3 Die Wahl Barack Obamas 2008 und die Kongresswahlen 2010<sup>8</sup>

Eine wahlsoziologische Analyse der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl 2008 zeigt, dass Obama sowohl bei Männern als auch Frauen eine Mehrheit gewinnen konnte (The New York Times 2008). Bei Frauen sind Mehrheiten für demokratische Präsidentschaftskandidaten seit 1992 zwar die Regel, Männer hatten sich dagegen zwischen 1996 und 2004 mehrheitlich für republikanische Kandidaten entschieden. Das ethnische Wahlverhalten bestätigte bekannte Trends, wonach die weiße Bevölkerung insgesamt klar republikanisch wählt, sie hierin spiegelbildlich aber von den Afroamerikanern übertroffen wird, die 2008 sogar zu 95 % für den dunkelhäutigen Kandidaten Obama stimmten. Auch bei den Asiaten konnte Obama siegen; dass allerdings die Hispanics sich zu 67 % für ihn aussprachen, war doch eher

---

<sup>7</sup> Zum Begriff des „Realignment“ vgl. Key (1955).

<sup>8</sup> Einige dieser Ausführungen wurden erstmals in Gellner und Kleiber (2012 S. 191 ff.) publiziert.

überraschend, da sich speziell bei der Präsidentschaftswahl 2004 eine verstärkte Hinwendung dieser Bevölkerungsgruppe zu den Republikanern angedeutet hatte. Ausschlaggebend hierfür war sicherlich die konservative Immigrationspolitik der Republikaner. Ebenfalls erwartbar war das Wahlverhalten nach Alter. Obama konnte in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen einen klaren Sieg verzeichnen, aber auch die Bevölkerungsgruppen bis 59 Jahre sprachen sich mehrheitlich für ihn aus. Lediglich die über 60 Jahre alten Wähler blieben den Republikanern treu. Wahlentscheidend dürfte gewesen sein, dass Obama nicht nur, wie erwartet, den Nordosten und den Westen gewinnen konnte, sondern auch den Mittleren Westen. Die Ergebnisse nach Bildung und Einkommen sprechen ebenfalls eine überdeutliche Sprache. Obama konnte in allen Bildungsgruppen die Mehrheit gewinnen. Dies gilt auch für alle Einkommensgruppen, wobei natürlich die Niedrigverdiener aufgrund des überdurchschnittlich hohen schwarzen Anteils eine besonders sichere Klientel für Obama waren. Schaut man auf die religiösen Präferenzen, zeigt sich die Validität tradierter Muster: Die jüdischen Bevölkerungsgruppen sprachen sich überdurchschnittlich stark für Obama aus, während im Besonderen weiße Protestanten den Republikaner John McCain wählten. Bei den Katholiken konnte Obama im Vergleich zu den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen zwar zulegen, blieb aber dennoch hinter McCain zurück. Klare Wahlsiege konnte Obama erwartbar auch in Städten und bei den Erstwählern erzielen.

Die Kongresswahlen des Jahres 2010 lassen sich am ehesten als ein erneutes „Realignment“ bzw. eine Korrektur verstehen. Zwar ist es durchaus üblich, dass Präsidenten in Zwischenwahlen Mehrheiten einbüßen. Hier ging es den Demokraten nicht anders als den Republikanern im Jahre 2006. Darüber hinaus hat aber vor allem der massive Wahlkampf der Tea Party zu einem Erdrutschsieg im Repräsentantenhaus geführt, der seitdem enorme Regierbarkeitsprobleme in den USA verursacht. Weitere Faktoren, die gegen die Demokraten sprachen, waren die Unsicherheit vieler Wähler wegen der Gesundheitsreform, eine gewisse Enttäuschung darüber, dass es Obama nicht gelungen war, den Afghanistankrieg zu beenden, und dass er sein Wahlversprechen, das Gefangenenlager Guantánamo aufzulösen, nicht eingehalten hatte. Alles entscheidend aber dürfte die fortdauernde ökonomische Krise gewesen sein, deren Lösung Obama im Wahlkampf 2008 versprochen hatte. Die demokratischen Kandidaten mussten in allen Bevölkerungsgruppen Stimmenrückgänge hinnehmen; besonders stark verloren sie indes bei weißen und jungen Wählern. Vor allem das Ergebnis bei den jungen Wählern war vermutlich wahlentscheidend, da genau diese Gruppe Obama mit ins Amt gebracht hatte (Gellner und Kleiber 2012, S. 187 ff.; Horst 2013,

S. 54).<sup>9</sup> Insoweit aber sollte man die Ergebnisse der Wahlen von 2010 nicht überbewerten, da bei Zwischenwahlen häufig neben regionalen und lokalen Faktoren auch die mangelnde Mobilisierung von Präsidentenwählern in Rechnung zu stellen ist.

---

## 4 Das Wahlergebnis 2012 im Überblick

Eines der interessantesten Ergebnisse der Wahlnacht war weniger der letztlich doch recht überzeugende Wahlsieg des amtierenden Präsidenten, der im Besonderen von Nate Silver, dem Statistik-Guru der New York Times nahezu exakt vorhergesagt worden war (Malkiel 2012)<sup>10</sup>, sondern die erstaunliche Verbohrtheit der *Romney Campaign*, die Niederlage spätestens nach dem Verlust Ohios einzugestehen. Denkwürdig, wie selbst erfahrene Wahlkampfmanager wie Karl Rove oder Dick Morris bis zum bitteren Ende fest davon überzeugt waren, dass die Projektionen ihrer Niederlage ein Konstrukt manipulativer „Mainstream Media“ seien. Man hatte sich in der heißen Wahlkampfphase bis zum Wahlabend mit der durch FOX News und handwerklich schlecht gemachte Umfrageergebnisse geschürten Gewissheit betrogen, dass der Sieg gegen Obama eine ausgemachte Sache sei.<sup>11</sup> Romney selbst konnte es nicht glauben, und seine Wahlkampfmanager saßen sprichwörtlich auf gepackten Koffern, um knappe Wahlergebnisse rechtlich anzufechten. Es bedurfte dann schließlich einer entnervten FOX News Moderatorin, Karl Rove und seinen Mitarbeitern in ultimativer Sicht die Niederlage vor Augen zu halten (Carr 2012). Barack Obama gewann bei geringfügig niedrigerer Wahlbeteiligung – 58,9 % gegenüber 61,6 % (McDonald o. J.) – zwar mit einer schmalen Mehrheit als im Jahre 2008, konnte aber insgesamt bis auf North Carolina alle „Swing States“ wieder für sich entscheiden (vgl. Tab. 1). Es spricht einiges dafür, dass beide Kandidaten im Wahlkampf ihre Anhänger vergleichbar stark mobilisieren konnten; Obama hatte allerdings als Amtsinhaber bei der Berichterstattung in den traditionellen Medien, aber auch bei den Social Media, einen Vorteil (Horst 2013, S. 46 ff.).

---

<sup>9</sup> Vgl. die entsprechende Abbildung unter 4.4.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu auch Nate Silvers (2012) erschienenes Buch: *The Signal and The Noise: Why So Many Predictions Fail – But Some Don't*. New York.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu Hunt (2012): „There are polls – and polls: Polls done on the cheap, automatic phone calls, some online surveys and partisan polls all missed the mark. More professional polls (...) were accurate in most instances.”

**Tab. 1** Die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2012. (Quelle: eigene Darstellung anhand der Daten von The New York Times (2012a))

Total Results			
	Total	Obama	Romney
Electoral Votes	538	<b>332</b>	206
<b>State Results</b>			
<i>Obama was expected to win easily</i>			
Electoral Votes		Obama (%)	Romney (%)
55	California	<b>59</b>	38
7	Connecticut	<b>58</b>	40
3	D. of Columbia	<b>91</b>	7
3	Delaware	<b>59</b>	40
4	Hawaii	<b>71</b>	28
20	Illinois	<b>57</b>	41
11	Massachusetts	<b>61</b>	38
10	Maryland	<b>62</b>	37
4 <sup>a</sup>	Maine	<b>56</b>	41
14	New Jersey	<b>58</b>	41
29	New York	<b>63</b>	36
7	Oregon	<b>55</b>	43
4	Rhode Island	<b>63</b>	36
3	Vermont	<b>67</b>	31
12	Washington	<b>56</b>	42
<i>Obama was expected to win narrowly</i>			
Electoral Votes		Obama (%)	Romney (%)
16	Michigan	<b>54</b>	45
10	Minnesota	<b>53</b>	45
5	New Mexiko	<b>53</b>	43
6	Nevada	<b>52</b>	46
20	Pennsylvania	<b>52</b>	47
<i>Battleground states</i>			
Electoral Votes		Obama (%)	Romney (%)
9	Colorado	<b>51</b>	47
29	Florida	<b>50</b>	49
6	Iowa	<b>52</b>	47
4	New Hampshire	<b>52</b>	46
18	Ohio	<b>50</b>	48
13	Virginia	<b>51</b>	48
10	Wisconsin	<b>53</b>	46

**Tab. 1** (Fortsetzung)

Total Results			
	Total	Obama	Romney
<i>Romney was expected to win narrowly</i>			
Electoral Votes		Obama (%)	Romney (%)
11	Arizona	44	<b>54</b>
15	North Carolina	48	<b>51</b>
<i>Romney was expected to win easily</i>			
Electoral Votes		Obama (%)	Romney (%)
3	Alaska	41	<b>55</b>
9	Alabama	38	<b>61</b>
6	Arkansas	37	<b>61</b>
16	Georgia	45	<b>53</b>
4	Idaho	33	<b>65</b>
11	Indiana	44	<b>54</b>
6	Kansas	38	<b>60</b>
8	Kentucky	38	<b>61</b>
8	Louisiana	41	<b>58</b>
10	Missouri	44	<b>54</b>
6	Mississippi	44	<b>56</b>
3	Montana	42	<b>55</b>
3	North Dakota	39	<b>59</b>
5 <sup>a</sup>	Nebraska	38	<b>61</b>
7	Oklahoma	33	<b>67</b>
9	South Carolina	44	<b>55</b>
3	South Dakota	40	<b>58</b>
11	Tennessee	39	<b>60</b>
38	Texas	41	<b>57</b>
6	Utah	25	<b>73</b>
5	West Virginia	36	<b>62</b>
3	Wyoming	28	<b>69</b>

<sup>a</sup> Nebraska and Maine allocate some of their electoral votes on the basis of the results in each Congressional district

## 4.1 Kandidaten

Mitt Romney<sup>12</sup> war der falsche Kandidat in der für die Republikaner an sich richtigen Wahl.<sup>13</sup> Barack Obama hatte eine denkbar schlechte Ausgangsposition gehabt:

<sup>12</sup> Eigentlich ist Romneys richtiger Vorname nicht Mitt, sondern Wilbur. Vgl. hierzu auch die Biographien von Kranish und Helman (2012) und Scott (2011).

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die auf Daten des von ihm geleiteten PEW Research Centers beruhende Analyse von Andrew Kohut (2012).



Die von ihm versprochene Verbesserung der Wirtschaftslage war nicht eingetreten und es war bislang noch keinem Präsidenten bei einer derart hohen Arbeitslosigkeit die Wiederwahl gelungen. Versprechungen einer grundlegenden Reform der Einwanderungspolitik hatte er nicht erfüllt und seine Außenpolitik war in weiten Zügen gescheitert. Die Republikaner schienen demgegenüber in einer günstigen Herausfordererposition. Sie hatten den Präsidenten in der Staatsfinanzdebatte im Sommer 2011 vorgeführt, und die Herabstufung der Kreditwürdigkeit des Landes hatte einen Kurssturz an den Aktienmärkten ausgelöst, der insoweit auch und vor allem dem amtierenden Präsidenten angelastet werden konnte. Dass Mitt Romney dazu über eine prall gefüllte Wahlkampfkasse verfügte, war sicherlich kein Nachteil.<sup>14</sup> Ein inhaltlich und vom persönlichen Profil her attraktiver Herausforderer hätte insoweit gute Chancen gehabt, einen angeschlagenen Präsidenten zu besiegen.

Es kam anders. In einem quälend langen, polarisierenden Vorwahlprozess wurde ein Kandidat gekürt, der in vielfacher Hinsicht vorbelastet war. Mitt Romney galt als Kompromisslösung, die von dem Establishment der Republikaner allenfalls geduldet war und vom rechten Rand der Partei und der nur sehr zurückhaltend unterstützt wurde. Die Nominierung des fiskalpolitischen Falken Paul Ryan als Vizepräsidentenskandidaten konnte den „radikalen“ Flügel der Partei auch nur begrenzt mobilisieren. Schwerwiegender aber waren wahlkampfaktische Fehler Romneys, der mit seiner ablehnenden Haltung zu einer liberalen Einwanderungspolitik die Hispanics in das Lager der Demokraten trieb und der u. a. mit seiner fatalen Äußerung zu den „47 Prozent“ (der Wähler, die ohnehin nur dem Staat auf der Tasche lägen und ihn sowieso nicht wählen würden) den Eindruck verfestigt hatte, der Kandidat von „Big Business“ zu sein (Kohut 2012). Sein nur begrenztes Charisma, seine hölzern-unbeholfene Art und eine insgesamt mangelhafte Wahlkampfstrategie trugen ein Übriges dazu bei, dass der als sympathischer wahrgenommene Obama schließlich recht deutlich wiedergewählt wurde (CNN 2012; Horst 2013, S. 52).

## 4.2 Themen

Wie so oft, war auch in diesem Wahlkampf die wirtschaftliche Lage das wichtigste Thema. Die „Great Recession“ hatte vielen Amerikanern vor Augen geführt, wie fragil das durch die Banken- und Immobilienkrise erschütterte ökonomische

---

<sup>14</sup> Vgl. hierzu insgesamt die entsprechenden Daten des Center for Responsive Politics (2012).

Fundament der USA war.<sup>15</sup> Auch wenn der amtierende Präsident für den schlechten Zustand der Wirtschaft mit verantwortlich gemacht wurde, haben die Wähler die Schuld hierfür in weit stärkerem Maße bei seinem Vorgänger, George W. Bush, gesehen. In zwei weiteren Politikfeldern, in der Einwanderungs- und in der Gesundheitspolitik, kam dem Amtsinhaber zugute, dass die Wähler ihn als den empathischeren Kandidaten wahrnahmen. Obama hatte durch seinen Stopp der Ausweisung illegaler Einwanderer (Preston und Cushman 2012) geschickt die mit wahlentscheidende Gruppe der Hispanics für sich gewonnen und seine Gesundheitsreform wurde, wenn auch nicht insgesamt vorbehaltlos positiv, so aber von den direkt betroffenen, sozial schwächeren Bevölkerungsteilen als sozialpolitischer Fortschritt bewertet. Dass er sich nach langem Zögern auch für eine rechtliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Ehen einsetzte, wurde von einer Mehrheit der Wähler positiv gesehen. Der Hurrikan Sandy war schließlich ein finales „Himmels Geschenk“ für den Präsidenten, der sich in staatsmännischer Pose als „Kümmerer vom Dienst“ profilieren, während der amtslose Herausforderer nur mit dem Kopf nicken konnte.

Man darf insoweit der These Recht geben, dass die Kompetenzthemen der Demokratischen Partei die Wiederwahl des Präsidenten begünstigten. Darüber hinaus war die Unterstützung der Partei so groß, wie sie beim Herausforderer begrenzt war. Die Republikanische Partei hat bis heute keine überzeugenden Antworten auf die sozialpolitischen Fragen und hierbei insbesondere jene nach der Integration illegaler Einwanderer und deren Nachkommen gefunden. Im Frühjahr 2013 hat die Parteiführung ein höchst kontrovers diskutiertes Positionspapier vorgelegt, das die genannten Defizite der Partei beim Namen nennt.<sup>16</sup> Damit ist ein zentrales wahlstrategisches Problem der Republikaner verknüpft. Sollte es der Partei nicht gelingen die radikalen Positionen der Tea Party abzuschwächen, wie es das Establishment um die Graue Eminenz der Republikaner Karl Rove beabsichtigt, läuft die

<sup>15</sup> Diese und die meisten anderen hier verwendeten Daten basieren auf den Ergebnissen der Nachwahlbefragungen, der „National Election Exit Polls 2012“, u. a. veröffentlicht in der New York Times (2012b) und der Übersicht aus Tab. 3 bei Horst (2013 S. 53). Die Umfragedaten, die seit 2003 von Edison Research (<http://www.edisonresearch.com/election-research-services/>) im Auftrag des „National Election Pools“ für die führenden nationalen Medien erhoben werden, basieren auf insgesamt 26.565 Nachwahlinterviews und weisen eine hohe Zuverlässigkeit (+/-2 %) auf. Vgl. zur Methodik [www.edisonresearch.com](http://www.edisonresearch.com) sowie die Übersicht in der New York Times (2012b).

<sup>16</sup> Eine schonungslose und kontrovers diskutierte Analyse der wahlstrategischen Fehler der Republikanischen Partei wurde vom Vorsitzenden des RNC, Reince Priebus, auf der Basis umfangreicher empirischer Daten in einem Dokument („Growth & Opportunity Project“) zusammengestellt, das von der Partei im Internet publiziert wurde (Republican National Committee 2012).

Die US-Präsidentschaftswahl 2012

Analysen der Politik- und Kommunikationswissenschaft

Bieber, C.; Kamps, K. (Hrsg.)

2016, XIII, 442 S., Softcover

ISBN: 978-3-531-19766-1